



Europa Aktuell 8/2021

Ländlicher Raum – Kommission veröffentlicht Langzeitvision

Stärker, vernetzter, resilienter und florierender soll er werden, der ländliche Raum. Gemeinden wird dabei eine zentrale Rolle zukommen, auch wenn die Langzeitvision keine zusätzlichen Fördergelder bringt.

Noch rechtzeitig vor dem Sommer hat die Kommission Ende Juni die [Langzeitvision für den ländlichen Raum](#) angenommen. Sie besteht aus einer Mitteilung und einem [Anhang](#), der konkrete Handlungsansätze zu den Leitinitiativen aufzeigt. Diese richten sich jedoch v.a. an die Mitgliedstaaten, die EU verspricht mehr Bedacht bei der zukünftigen Politikgestaltung.

Da es kein frisches Geld und dementsprechend wenige Hebel für EU-Vorgaben gibt, will die Kommission zumindest einen Leitfaden für den Zugang zu und die Kombination bestehender EU-Fördermittel herausgeben bzw. intern prüfen, ob Förderprogramme in Zukunft anzupassen sind.

Ein in der Mitteilung angekündigter Pakt für den ländlichen Raum richtet sich an Behörden und Interessensvertreter, die EU-Kommission will hier eine Vermittlerrolle einnehmen. Jeder Mitgliedstaat sollte im Rahmen der multi-level Governance Pläne zur Stärkung des ländlichen Raums ausarbeiten, die sich an den vier Aktionsbereichen orientieren. In Österreich könnte der Masterplan ländlicher Raum als Grundlage bzw. Ausgangspunkt dienen.

Der ebenfalls angekündigte EU-Aktionsplan für den ländlichen Raum wird von Leitinitiativen begleitet, die anhand der vier Bereiche (stärker, vernetzter, resilienter und florierender) konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung des ländlichen Raums aufzeigen. Eine davon ist eine online-Plattform zum best-practice Austausch in Sachen Mobilität, Konnektivität oder wirtschaftliche Diversifizierung wo ländliche Akteure Anregungen aus anderen Gegenden finden bzw. sich auch selbst einbringen können. Die Leitinitiative zur Konnektivität enthält z.B. Empfehlungen an die Mitgliedstaaten, Verkehrs- und Breitbandanbindungen auszubauen. Aus kommunaler Sicht hat die Kommission hier die Chance vertan, ein Bekenntnis zur Weiterführung der WIFI4EU-Initiative anzukündigen. Es bleibt aber zu hoffen, dass dieses gerade im ländlichen Raum sehr erfolgreiche Programm weiter bestehen wird.

Die Leitinitiativen richten sich hauptsächlich an die Mitgliedstaaten bzw. Bundesländer und Gemeinden sowie Akteure vor Ort. Bei den Förderungen (GAP, ELER, Regionalpolitik u.a.) greift bereits die jeweilige nationale Programmplanung, d.h. Initiativen für den ländlichen Raum mussten schon vor Verabschiedung der Langzeitvision verankert werden.



Die Kommission selbst nimmt sich vor, mittels *rural proofing*, d.h. einer speziellen Folgenabschätzung für den ländlichen Raum, die dort absehbaren Auswirkungen von europäischen Regelungen im EU-Gesetzgebungsprozess besser zu berücksichtigen. Nicht nur österreichische Gemeinden wissen, dass EU-Recht üblicherweise auf große Einheiten zugeschnitten ist, auch KMU können ein Lied davon singen.

Unterstützt wird dies durch eine neue Beobachtungsstelle für den ländlichen Raum, wo v.a. Daten gesammelt und statistisch aufbereitet werden.

Bewertung: Die Mitteilung wurde lang erwartet und enttäuscht jetzt mit einer gewissen Oberflächlichkeit. Auch wenn die Analyse der Herausforderungen richtig ist, bleiben die vorgeschlagenen Maßnahmen hinter den Erwartungen zurück: Der Ball wird den Mitgliedstaaten bzw. Akteuren vor Ort zugespielt. Positiv zu werten ist aber die ganzheitliche Auseinandersetzung mit dem ländlichen Raum und das Verständnis für dessen Herausforderungen. Wenn allein dies künftig in die Gestaltung von EU-Politik und die Bewertung von Förderansuchen einfließt, wäre bereits viel erreicht.

https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/long-term-vision-rural-areas_en#documents

550 Millionen Übernachtungen über Buchungsplattformen

2019, also vor Ausbruch der Corona-Krise, wurden über vier große Plattformen 554 Millionen Nächtigungen in Europa gebucht. Dass manche Stadt Probleme mit dem Ansturm hat, verwundert nicht.

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen EU-Kommission und den großen Plattformen AirBnB, Booking, Expedia und Tripadvisor stellen diese der Kommission Buchungsdaten zur Verfügung, welche in der Folge von Eurostat aggregiert und veröffentlicht werden. Da aktuell über die Regulierung der Digitalwirtschaft beraten wird, sind diese Zahlen genau unter die Lupe zu nehmen. Denn bei 15 Millionen Übernachtungen in Paris und 11 Millionen Nächtigungen in Barcelona ist es durchaus glaubwürdig, dass es zu einem Verdrängungswettbewerb am Wohnungsmarkt kommen kann. Zumal gerade in Städten Homesharing v.a. in Innenstadtlagen gefragt ist, wo sich die Situation noch einmal verschärft. In den drei beliebtesten Regionen Andalusien, kroatische Adria und Katalonien trägt sicher der Zweitwohnsitzboom zur Verfügbarkeit von jeweils über 20 Millionen Nächtigungen bei.

In Österreich wurden 2019 ca. 16 Mio. Nächtigungen erfasst, mit 5,3 Mio. Nächtigungen ist Wien klarer Spitzenreiter. An zweiter Stelle finden sich aber bereits Pinzgau/Pongau mit 2,6 Mio. Nächtigungen, gefolgt vom Tiroler Unterland mit 1,8 Mio. Nächtigungen. Aber auch andere Regionen, wo der Bauboom von der örtlichen Bevölkerung zunehmend hinterfragt wird, wie etwa der Bezirk Liezen, Klagenfurt-Villach oder der Bregenzer Wald verzeichneten je etwa eine halbe Million Plattform-Nächtigungen.

Über die Eurostat-Seite hat man Zugang zu den [Excel-Tabellen](#), die einen umfassenden Einblick in die Nächtigungsstatistiken geben, heruntergebrochen auf Bundesländer und NUTS-3-Regionen, aber auch auf Herkunftsländer der Gäste. Deutsche und Tschechen mieten sich in Österreich besonders gerne über eine Plattform ein, gefolgt von amerikanischen und asiatischen Gästen. Angesichts der Zahlen spricht eigentlich vieles für eine stärkere Regulierung der Plattformwirtschaft. Denn selbst wenn sie neue, oftmals günstigere Reisemöglichkeiten erschließt, darf sie nicht zu einem unlauteren Wettbewerb gegenüber Hotellerie und registrierten Privatquartieren führen. Dass Investitionen in als Anlegerobjekte beworbene Ferienwohnsitze den Flächenfraß und die Umweltzerstörung vorantreiben, ist nur ein weiterer Aspekt, der mittelbar von Homesharing-Plattformen begünstigt wird. Aktuell beraten Rat und EU-Parlament über die [digitale Dienstleistungsakte](#) und das [Gesetz über digitale Märkte](#). Hier ist sicherzustellen, dass die Digitalwirtschaft neu bewertet wird und [faire Wettbewerbsbedingungen](#) dazu beitragen, traditionelle Betriebe und nachhaltige Wirtschaftsmodelle nicht abzuhängen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3293